



LISA GNADL, MdB

*Sozialpolitische Sprecherin
und stellvertretende
Fraktionsvorsitzende
der SPD-Landtagsfraktion*

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN, LIEBE LESERINNEN UND LESER,

mit diesem Newsletter möchten wir über die Neuigkeiten aus dem Hessischen Landtag zu den Themen Soziales und Integration informieren.

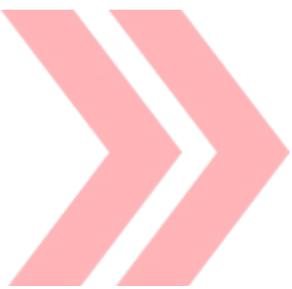
Der Krieg in der Ukraine beschäftigt uns auch in Hessen über alle Themenfelder hinweg. Wir haben deshalb in den vergangenen Wochen deutlich gemacht, dass wir selbstverständlich solidarisch an der Seite der Ukraine stehen. Nun gilt es, den vielen Geflüchteten einen sicheren Hafen bei uns in Hessen zu bieten.

Aber auch die Corona-Pandemie, die seit zwei Jahren unseren Alltag bestimmt, beschäftigt uns weiterhin. Aus den Erfahrungen der Pandemie müssen wir Lehren ziehen - für eine bessere Finanzierung unserer Krankenhäuser zum Beispiel. Aber ebenso für bessere Arbeitsbedingungen der Gesundheitsberufe, Pflegekräfte und Beschäftigte in der sozialen Arbeit. Hier gibt es aus unserer Sicht noch viel zu tun.

Diese und andere Themen finden Sie in unserer Ausgabe des Newsletters. Wir freuen uns über Ihr Interesse, aber auch auf Anregungen und Kritik.

Ihre

Lisa Gnadt



BESTMÖGLICHE UNTERSTÜTZUNG FÜR GEFLÜCHTETE – BESSERE RAHMENBEDIN- GUNGEN FÜR KOMMUNEN

von Nadine Gersberg



Rund vier Millionen Menschen haben inzwischen die Ukraine verlassen und sich vor dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Putins, vor den russischen Bomben und Raketen in Sicherheit gebracht. Zuflucht finden sie vor allem in den direkten Anrainerstaaten, wie etwa in Polen. Sie kommen aber auch nach Deutschland und in alle anderen Länder der EU. Die Aufnahme der Geflüchteten aus der Ukraine – zumeist Frauen und Kinder – stellt alle Länder und auch uns in Hessen vor große Herausforderungen. Drängendste und wichtigste Aufgabe dabei ist es, Unterbringungen für die Geflüchteten bereitzustellen. Dies musste in den vergangenen Wochen besonders schnell und unkompliziert geschehen. Nun muss aber ebenso sichergestellt werden, dass sich die Bedingungen in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes verbessern. Die Geflüchteten brauchen eine leicht zugängliche gesundheitliche Versorgung, Hygieneartikel und eine ausgewogene Ernährung mit mindestens einem warmen Essen am Tag. Ebenso müssen die Menschen in den Einrichtungen informiert werden, was warum geschieht und was die nächsten Schritte sind.

In den kommenden Monaten wird vor allem die Wohnungsvermittlung für die Geflüchteten eine Herausforderung sein. Die Kommunen brauchen Unterstützung der Landesregierung bei der Gesundheitsversorgung, bei der Integration der Kinder in Kindertagesstätten und Schulen, der Bereitstellung von Sprachkursen, sowie einem

schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt. Allein ehrenamtlich sind diese Aufgaben auf Dauer nicht zu stemmen. Deshalb ist es ganz entscheidend, dass die Kommunen mit dieser Aufgabe nicht allein gelassen werden und nicht auf ihren Kosten sitzen bleiben. Dasselbe gilt für die vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich für die Menschen engagieren, die aus der Ukraine zu uns kommen. Auch hier muss das Land unterstützen.

Ebenfalls nötig ist eine Ausweitung der Beratungsstrukturen für geflüchtete Menschen, besonders für geflüchtete Frauen. Die Erfahrungen der ersten Kriegswochen haben gezeigt, dass Frauen und Kinder auf der Flucht aus der Ukraine den Gefahren von sexueller Ausbeutung und Menschenhandel ausgesetzt sind. Beratungsstellen und die Polizei müssen deshalb die Bemühungen weiter verstärken, Frauen und Kinder vor solchen Verbrechen zu schützen. Ich weiß, dass die hessischen Beratungsstellen dafür bereits im Einsatz sind und die Polizei Infoblätter mit Warnhinweisen verteilt.

Diejenigen, die aus der Ukraine flüchten und in den Staaten Europas Zuflucht suchen, haben ein Recht auf unsere unbedingte Unterstützung. Es sind vor allem die Kommunen und die Ehrenamtlichen vor Ort, die derzeit diese Unterstützung leisten. Deshalb brauchen die hessischen Kommunen starke Hilfen vom Bund aber auch von der Landesregierung. Ich möchte den vielen Ehrenamtlichen und auch den Beschäftigten in den Verwaltungen für ihr großes Engagement für die Menschen aus der Ukraine in den vergangenen Wochen herzlich danken!

LAND MUSS INVESTITIONSKOSTEN ÜBERNEHMEN – FÜR EINE GUTE KRANKENHAUSVERSORGUNG

von Dr. Daniela Sommer

Seit über 20 Jahren vernachlässigt das Land seine gesetzliche Aufgabe zur Finanzierung der Krankenhäuser. Dabei ist die Landesregierung im Rahmen des

Sicherstellungsauftrages verpflichtet, die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen zu gewährleisten.

Stattdessen müssen die hessischen Krankenhäuser ihre Investitionskosten zum Teil durch Erlöse aus dem DRG-System (Fallpauschalen) decken. Resultat sind verschuldete Kliniken, fehlendes Personal und ein Anstieg an unnötigen Operationen. Damit leidet nicht nur die Qualität der Krankenhäuser, sondern auch die Gesundheit der Patientinnen und Patienten wird zunehmend gefährdet. Indem Krankenhäuser Personal einsparen, zahlen auch Ärztinnen und Ärzte sowie die Pflegekräfte einen hohen Preis für viele Investitionen. Hoher Arbeitsdruck und fehlende Erholung sind die Konsequenzen daraus und damit nachvollziehbare Gründe, warum Menschen den Beruf verlassen oder gar nicht erst anstreben.

Um jedoch eine Krankenhausversorgung mit Qualität, Wohnortnähe und bedarfsorientierten Strukturen für alle Menschen in Hessen zu erzielen, also auch gute und sichere Arbeitsplätze für die Beschäftigten zu bieten, ist es zwingend notwendig, endlich gute Rahmenbedingungen zu schaffen.

Der Landesregierung ist es trotz massiver Bundesmittel während der Pandemie nicht gelungen, den massiven Investitionsstau in der Gesundheit aufzulösen.

Die Erfahrungen aus der Corona-Krise müssen mit in die Krankenhausplanung einbezogen werden und die Landesregierung muss endlich ihren Investitionsverpflichtungen nachkommen. Nur so können wir eine gute Krankenhausversorgung sicherstellen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Wertschätzung entgegenbringen, die sie verdient haben.

HESSEN BRAUCHT EIN ANTIDISKRIMINIERUNGSGESETZ

von Turgut Yüksel

Diskriminierung findet in unserer Gesellschaft täglich statt. Ob aufgrund der Hautfarbe, der Herkunft, Religion oder der sexuellen Orientierung - Menschen werden diskriminiert, herabgewürdigt und verletzt. Mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz des Bundes und der Bundesantidiskriminierungsstelle konnten zwar rechtlich Fortschritte im Kampf gegen Diskriminierung erzielt werden. Dieses Gesetz weist jedoch Lücken auf, denn es bezieht nicht die Landesbehörden wie die Polizei und Verwaltung mit ein. Dies ist aus unserer Sicht für ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz unumgänglich.

Deshalb fordern wir seit langem ein eigenes hessisches Antidiskriminierungsgesetz. Ein hessisches Gesetz könnte die Lücken schließen, die gesamte öffentliche Verwaltung binden, Chancengleichheit fördern und vor allem könnte es bei Verstößen Sanktionen vorsehen.

Leider verschläft Schwarzgrun die notwendigen rechtlichen Reformen im Antidiskriminierungsrecht: Die Landesregierung gibt seit mehreren Jahren vor, ein hessisches Antidiskriminierungsgesetz zu prüfen. Die interne Uneinigkeit der beiden Regierungsfraktionen verhindert so, dass von Diskriminierung betroffene Bürgerinnen und Bürger angemessen beraten werden und insbesondere eine rechtliche Handhabe erhalten.

das Bildungs-, Kultur- und Ehrenamtsangebot. Gewechselt werden muss von einem Blick auf mögliche Defizite zu einem Blick auf Chancen und Fähigkeiten einer älteren Generation.

Neben einer notwendigen wissenschaftlichen Analyse der genannten Felder ist der Austausch mit den in der Altenarbeit agierenden Organisationen eine wichtige Grundlage der seniorenpolitischen Entscheidungen. Unabdingbar aber ist der Austausch mit den Betroffenen als Experten und Expertinnen in eigener Sache und eine Stärkung ihrer Organisation in kommunalen Seniorenbeiraten und in der Landesseniorenvertretung.

Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag setzt sich für eine solidarische, gerechte und durch Teilhabe geprägte Seniorenpolitik im Land Hessen ein. Die Broschüre werden wir zeitnah in einem größeren Rahmen vorstellen.



KONZEPT EINER SOLIDARISCHEN POLITIK FÜR SENIORINNEN UND SENIOREN

von Ulrike Alex



Die stetig wachsende Zahl der Seniorinnen und Senioren in Hessen bildet eine heterogene Gruppe, deren Möglichkeiten zur Teilhabe am sozialen, politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben sich stark unterscheiden. Diese Teilhabe durch

die Bereitstellung von Ressourcen zu ermöglichen und gerecht zu gestalten, ist eine dauerhafte politische Querschnittsaufgabe, die sich vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung immer drängender stellt.

Dabei sind unterschiedliche Politikfelder zu betrachten, um Fehlentwicklungen zu erkennen und Ziele zu entwickeln. Dazu gehören die ökonomischen Voraussetzungen, die soziale Infrastruktur, die Gesundheitsversorgung, die Geschlechtszugehörigkeit, die ethnische Zugehörigkeit, der Wohnbedarf, die Mobilität sowie

HABEN SIE INTERESSE AN EINEM GEDRUCKTEN EXEMPLAR UNSERER BROSCHÜRE? SCHREIBEN SIE UNS EINFACH EINE E-MAIL.

INITIATIVEN

IM FOLGENDEN HABEN WIR IHNEN DIE JÜNGSTEN PARLAMENTARISCHEN INITIATIVEN AUS DEM SOZIALPOLITISCHEN BEREICH ZUSAMMENGESTELLT:

- **Drucksache 20/7974** – Dringlicher Antrag – Mit Corona leben: Landesregierung muss Leben ermöglichen und sich auf weitere Wellen im Herbst vorbereiten
- **Drucksache 20/7910** – Antrag – Steigende Zahlen sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche – bedarfsgerechte Hilfe sofort sicherstellen
- **Drucksache 20/7909** – Antrag – Bedarfsgerechte Finanzierung der Krankenhausinvestitionen sicherstellen, der Landesverantwortung gerecht werden, Kommunen nicht weiter belasten
- **Drucksache 20/7826** – Antrag – Wer hart arbeitet, verdient MINDESTENS einen Lohn, der vor Armut schützt
- **Drucksache 20/7987** – Antrag – Gender Data-Gap in der Medizin auch in Hessen schließen
- **Drucksache 20/8123** – Antrag – mit dem Rechtsanspruch Ganztag zu mehr Chancengleichheit: Was am Vormittag gilt, muss auch am Nachmittag gelten.
- **Drucksache 20/8242** – Antrag – Hessen ist Zufluchtsort für Menschen aus der Ukraine
- **Drucksache 20/8243** – Antrag – Gesundheitliche Versorgung von Geflüchteten
- **Drucksache 20/8186** – Dringlicher Antrag – Unterstützung für geflüchtete, ukrainische Kinder - Das Land muss die Rahmenbedingungen für Kommunen und Kitaträger verbessern



IN NEUER BESETZUNG: DER ARBEITSKREIS STELLT SICH VOR



LISA GNADL

Arbeitskreisvorsitzende

Ihre Ansprechpartnerin für:
Sozialpolitik, Arbeit, Ausbildung, Familie, Kinder, Armut

Kontakt: l.gnadl@ltg.hessen.de



Dr. DANIELA SOMMER

Stellv. Arbeitskreisvorsitzende

Ihre Ansprechpartnerin für:
Gesundheit, Pflege, Psychiatrie, Sucht

Kontakt: d.sommer@ltg.hessen.de



ULRIKE ALEX

Ihre Ansprechpartnerin für:
Menschen mit Behinderung,
Seniorinnen und Senioren

Kontakt: u.alex@ltg.hessen.de



NADINE GERSBERG

Ihre Ansprechpartnerin für:
Flüchtlinge, Asyl, Frauen,
Kinderschutz

Kontakt: n.gersberg@ltg.hessen.de



TURGUT YÜKSEL

Ihr Ansprechpartner für:
Integration, Migration, Antidiskriminierung, Ehrenamt und
Freiwilligendienste

Kontakt: t.yueksel@ltg.hessen.de



FLORIAN SCHNEIDER

Ihr Ansprechpartner für: Queer

Kontakt: f.schneider@ltg.hessen.de

» SIE HABEN DIESEN NEWSLETTER NUR AUF UMWEGEN ERHALTEN UND MÖCHTEN IHN KÜNFTIG DIREKT BEZIEHEN? SCHICKEN SIE UNS EINFACH EINE KURZE **E-MAIL**.